



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 6. Dezember 1882.

Nr. 571.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 5. Dezember.

Präsident v. Loebeow eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. von Schöningh.

Tagesordnung:

I. Erste und zweite Beratung des von dem Abg. Dr. Philippsohn beantragten Gesetzesentwurfs betreffend eine Ergänzung zur Strafprozeßordnung (Entschädigung unschuldig Verurtheilter) in Verbindung mit dem mündlichen Bericht der Petitionskommission.

Abg. Schmidt (Eidmann) berichtet zunächst namens der Petitionskommission über die zu diesem Gegenstande eingegangenen Petitionen.

Abg. Dr. Philippsohn begründet hierauf in längerer Rede seinen Antrag, indem er auf die in rascher Folge nacheinander bekannt gewordenen Fälle hinweist, bei denen sich die Unschuld der Verurtheilten nachträglich bis zur Evidenz herausgestellt hat. Daß eine Lücke in unserer Strafprozeßordnung vorhanden, werde hierdurch wohl als festgestellt erachtet werden können. Die Frage sei eine brennende geworden, nachdem — Redner zählt die einzelnen Fälle auf — in einer Zeit von ungefähr 2 Jahren 18 Fälle vorgekommen sind, in denen auf insgesamt 80 Jahre Freiheitsentziehung erkannt worden ist, die sich später als irrthümliche Verurtheilungen herausgestellt haben. Dazu kommen zahlreiche Fälle, in welchen Unschuldige längere Untersuchungs- verhöre durchlaufen mußten, ja es seien Fälle vorgekommen, die jeder Beschreibung spotteten. Er glaube, daß derartige Vorurtheile mehr zur Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung beitragen müßten, als alle sozialdemokratischen Flugblätter zusammengekommen. Es handle sich hier allerdings um die Lösung eines Problems, das seit länger denn hundert Jahren einen Gegenstand der öffentlichen Diskussion bildet. Das öffentliche Rechtsbewußtsein fordere gebieterisch Entschädigung der unschuldig Verurtheilten. Besser wäre es, Maßregeln zu treffen, welche geeignet wären, derartigen Vorurtheilen vorzubeugen, als die davon Betroffenen zu entschädigen. Dies ließe sich in dieser Richtung auf dem Gebiete der Untersuchungsprozedur thun. Aber deshalb brauche man die Entschädigungsfrage nicht zu verzögern. Was die unschuldig Verurtheilten anlangt, so spielen bei den Verurtheilungen, außer den bewußten Meinungen, vornehmlich menschliche Fehler eine große Rolle, es würde zu viel auf den bösen Schein gegeben, der schlechte Leumund müßte oft dem Belastungsbeweis ersehen; ein verunglückter Alibi-Beweis habe schon oft zu Verurtheilungen geführt. Es läge sich bei dergleichen Verurtheilungen weder um Sympathien noch um Antipathien handeln, sondern lediglich darum, ob der Betreffende ein Unrecht erlitten hat, an die Stelle der Wohlthaten müßte das Recht treten. Der Standpunkt des preussischen Justizministers scheine ihm nicht der der Reichsregierung zu sein. Redner exemplifizirt auf die Motive zu dem Unfallversicherungsgesetz, auf den Standpunkt der Humanität, den die verbündeten Regierungen in dieser Frage eingenommen haben, darauf verweisend, daß es sich bei der hier in Frage stehenden Entschädigungsfrage nicht nur um eine Frage der Humanität, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit handelt. Den Ansprüchen unschuldig Verurtheilter gegenüber werde und könne sich die Regierung nicht auf den Standpunkt der harten Negation zurückziehen. Redner hält die mancherlei gegen die staatliche Entschädigungspflicht erhobenen Einwendungen nicht für durchschlagend, am allerwenigsten aber habe der fiskalische Einwand eine Berechtigung, daß dem Staate eine zu große finanzielle Last damit auferlegt würde. Die Höhe der Entschädigung könne dabei gar nicht in Betracht kommen, schwierig sei höchstens die Festsetzung der Grenze der Entschädigungspflicht. Wegen der Entschädigungspflicht selbst dürften sich nur wenige Stimmen erheben, es könne sich also nur darum handeln, ob dieselbe durch Gesetz garantiert oder in das Ermessen des Richters gestellt werden soll. Wegen die unbedingte Entschädigungspflicht würden sehr verschiedene Einwendungen geltend gemacht, die hauptsächlichste sei, daß man sagt, ein großer Theil der Angeklagten würde freigesprochen nicht weil ihre Unschuld erwiesen ist, sondern weil ihre Schuld nicht hat erwiesen werden können. Diesem Einwande stelle er seinerseits den Grundsatz gegenüber, daß jeder Angeklagte so lange als schuldig bis zu

gelten hat, als seine Schuld nicht erwiesen ist. Eine Freisprechung ohne Entschädigungspflicht würde in der Praxis der Verurtheilung fast gleichkommen. Dennoch sei er in seinem Antrage nicht so weit gegangen, weil er die Schwierigkeiten nicht habe vermehren wollen und weil er glaube, daß sein Antrag trotzdem einen wesentlichen Fortschritt gegen das bestehende Recht enthält. Dasselbe sei der Fall mit der Beschränkung des § 391. Er empfehle seinen Antrag dem Wohlwollen des Hauses.

Staatssekretär Dr. v. Schöningh: Von den zahlreichen Straffällen, welche der Vorredner angeführt hat, sind mir amtlich nur vier bekannt; ich bin also nicht in der Lage, die gegebene Darstellung der übrigen Fälle und die daran geknüpften Details als richtig anzuerkennen. Was die Sache selbst anlangt, so hat der Bundesrath über die Stellung, welche dem Antrage gegenüber einzunehmen sei, noch nicht Beschluß gefaßt. Immerhin glaube ich Ihre Veranlassung zu fördern, wenn ich, ohne die Angelegenheit zu erschöpfen, noch einige Gesichtspunkte hervorhebe, von denen ich annehme, daß sie sich im Wesentlichen mit den Anschauungen der verbündeten Regierungen decken. Was den Artikel 1 anlangt, so kann man sich von der Tendenz desselben sympathisch berührt fühlen. In der That gehört zu den vielen humanitären Aufgaben, welche der Staat nach Kräften zu erfüllen bestrebt ist, unzweifelhaft auch die, daß ein Verurtheilter, dessen Unschuld zu Tage tritt, eine Ausgleichung der ohne sein Verschulden erlittenen materiellen Nachtheile zu fordern habe. Allein wenn man mit dem lästigen Kopfe des Gesetzgebers an diese Sache herantritt, dann stellen sich die Dinge doch etwas anders dar. Eine besondere Schwierigkeit stellt sich der Ausführbarkeit in der Feststellung der Entschädigungspflicht entgegen. Die Regierungen werden sich nimmermehr darauf einlassen, eine Schwächung des früheren Belastungsbeweises als hinreichenden Grund einer Entschädigung anzuerkennen. Der anerkannten Unschuld kann die Theilnahme des Staates gewidmet werden. Aber wie stellen wir diese fest? Unser Strafverfahren giebt uns kein Mittel an die Hand, die Unschuld positiv festzustellen. Nicht kleiner sind die Schwierigkeiten, welche bei der Frage der Höhe der Entschädigung entstehen, ohne noch andere Zweifel erregen zu wollen. Was den Artikel 2 anlangt, so glaube ich, daß die verbündeten Regierungen auch nicht einmal mit der Tendenz desselben einverstanden sind. Man muß doch im Auge behalten, daß nicht Jeder, der zur Untersuchung eingezogen und dann außer Verfolgung gesetzt wird, darum auch nothwendig ein Unschuldiger sein muß.

Abg. Dr. Reichenperger (Dlpe) behauptet, daß der Herr Vorredner anscheinend nicht genau über die Sache informiert ist. Er erklärt sich für die staatliche Entschädigungspflicht, insofern den Freigesprochenen nicht selbst ein Verschulden seiner früheren Verurtheilung trifft. In Bezug auf die unschuldig Verurtheilten müßte Wandel geschaffen werden ohne alle Rücksicht auf die Person und selbst auf die Gefahr hin, daß Entschädigungen selbst einmal an einen wirklich Schuldigen geleistet werden. Denn so lange die Schuld nicht festgestellt ist, muß die Unschuld angenommen werden. Um einer Wiederkehr der Fälle unschuldiger Verurtheilungen vorzubeugen, müßte er aber die Forderung auf Wiederherstellung der Berufungs-Instanz im Strafverfahren wiederholen. Einen Unterschied zwischen unschuldig Verurtheilten und unschuldig zur Untersuchung gezogenen Personen könne er nicht anerkennen. Die Letzteren hätten ja gar kein Mittel, ein freisprechendes Urtheil zu erlangen.

Staatssekretär Dr. v. Schöningh widerpricht der Auffassung, nach der er unvorbereitet in die heutige Diskussion eingetreten, ihm seien nur noch nicht die erzielten Informationen in vollem Umfange zugegangen. Er habe im Uebrigen nur der Befürchtung Ausdruck geben wollen, daß eine gesetzlich fixirte staatliche Entschädigungspflicht leicht Einfluß auf die Rechtsprechung haben könnte.

Abg. Petersen beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Redner steht auf dem Standpunkt des Generalstaatsanwalts von Schwabe, eine Entschädigungspflicht als Folge der Freisprechung könne er nicht anerkennen, sondern nur dann, wenn festgestellt ist, daß ein Verbrechen oder Vergehen überhaupt nicht vorliegt oder die Schuldlosigkeit des

Verhafteten sich evident herausgestellt hat. Von einer unbedingten Entschädigungspflicht könne ebensowenig die Rede sein, wie von einer Entschädigung außer Verfolgung gesetzter Personen. Der Redner betont schließlich, daß, so allgemein auch das Verlangen sei, wirklich unschuldig bestraft Personen zu entschädigen, man sich doch hüten müsse, in der Gewähr von Entschädigungen zu weit zu gehen. Schon jetzt sei die allgemeine Volksmeinung, daß die richterlichen Urtheile zu milde seien. In jedem Falle aber müsse man mit dem beantragten Experiment sehr vorsichtig operiren und vor Allem einen Beschluß fassen, der auf die Zustimmung des Bundesraths zu rechnen habe.

Abg. Dr. Hartmann (Lons.) erklärt, daß die konservative Partei dem Antrage, den sie als keinen politischen betrachte, ebenfalls sympathisch gegenüberstehe und deshalb für die Kommission stimmen werde. Er persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß der Staat die Pflicht habe, dort, wo mit Unrecht Strafe verhängt sei, nicht bloß dieselbe aufzuheben, sondern auch Entschädigung zu gewähren. Unser Rechtssystem müsse dementsprechend vervollständigt werden. Redner erkennt im Uebrigen die großen Bedenken an, welche sich der Durchführung eines solchen Gesetzes entgegenstellen, glaubt aber, daß es in der Kommission möglich sein werde, dieselben zu beseitigen.

Abg. Frohme (Sozialdemokrat) ist der Meinung, daß der Reichstag nicht darnach zu fragen habe, was den verbündeten Regierungen sondernt, sondern diese seien verpflichtet, den Forderungen des Reichstages Rechnung zu tragen. Was hier als eine Forderung der Humanität bezeichnet wird, sei im Grunde genommen nur Frage der Gerechtigkeit. Redner stützt sich bei seinen weiteren Ausführungen auf ein umfassendes Zahlenmaterial, aus dem er nachweist, daß in einem Zeitraum von fünf Jahren allein in Preußen über 9000 Personen freigesprochen worden sind, von denen sich jedenfalls eine größere Anzahl in Untersuchungshaft befunden habe. Auf die politischen Prozesse eingehend bemerkt Redner, daß viele Personen nicht deshalb angeklagt werden, weil sie ein Verbrechen begangen, sondern weil man nach oben hin beweisen will, wie sehr man sich die Gesellschafts- und Rettung angelegen sein lasse.

Der Präsident findet hierin eine Beleidigung des Richterstandes und ruft den Redner deshalb zur Ordnung. Ein zweiter Ordnungsruf erfolgt sodann, als Redner dem Leipziger Hochverrathsprözeß einer Kritik unterzieht und die Polizei bei den Vorbereitungen zu demselben ebenfalls tendenziöser Absichten beschuldigt. — Dergleichen Fälle, meint Redner, seien nicht geeignet, die Achtung vor der Justiz und der Polizei zu erhöhen, sondern sie zu untergraben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sello (Sezessionist) erklärt sich im Prinzip mit dem Antrage einverstanden und bittet um Annahme desselben, um endlich diese Frage aus der Welt zu schaffen. Redner erklärt es für Pflicht des Staates, unschuldig Verurtheilte für die erlittene Haft und andere Verluste zu entschädigen. Ein kaltes dauerndes Achselzucken genüge hier nicht. Das Rechtsgesetz des Volkes fordere es, es erachte diese Entschädigungspflicht als schon allein durch den Ansand geboten. An dem Reichstag liege es, das, was das Volk als Ansand erachtet, zum Gesetz zu erheben. Zahlreiche praktische und theoretische Schwierigkeiten sind ja vorhanden und bei Formulierung des Antrages sind sie allerdings nicht gelöst, sondern nur übergegangen, es werde deshalb dem Hause noch vorbehalten bleiben, dem etwa zu erlassenden Gesetz eine bessere Form zu geben und deshalb empfehle er, den Antrag an eine Kommission zu verweisen.

Abg. v. Carlsmann erklärt sich gleichfalls für das in dem Antrag ausgesprochene Prinzip, namentlich für die Entschädigungspflicht des Staates und bittet, den Antrag an die Kommission zu verweisen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Als Antragsteller vertheidigt Abg. Lenzmann (Fortschrittspartei) seinen Antrag. Er habe sich gewundert, daß Unterstaatssekretär von Schöningh gegen den Antrag so wenig gesagt habe. Das habe aber darin seinen Grund, daß sich gegen diesen Gegenstand überhaupt nur sehr wenig sagen lasse. Redner rechtfertigt dann in eingehender Weise die Fassung des Antrages.

Damit wird der Antrag einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Auf Antrag des Abg. v. Briesberg als Referent der Rechnungs-Kommission genehmigt das Haus die Zusammenstellung bei dem vormaligen norddeutschen Bunde aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zu ersetzenden, für das Etatsjahr 1880—81 verrechneten Ausgaben, und überweist debattenlos die Uebersicht der Rechausgaben und Einnahmen pro 1881—82 und die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1880—81 bezüglich desjenigen Theiles der Rechnung, welcher die Reichsverwaltung betrifft, der Rechnungs-Kommission.

Ferner nimmt das Haus Kenntniß von der Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze.

Ein Antrag auf Vertagung wird hierauf angenommen.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag 11 Uhr an und setzt auf deren Tagesordnung die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung des Reichsbeamten-Gesetzes, die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes und die Etats pro 1883—84 und 1884—85 nebst dem Anleihegesetz.

Abg. Sonnemann beklagt sich darüber, daß der Reichstag mit dem Landtag zusammentreten müsse, und daß, sobald die erste Lesung des Etats zu Ende, dann eine abermalige Vertagung des Reichstages eintreten werde, die Reichsregierung hätte den Reichstag früher und den Landtag später einberufen können. Das sei eine Behandlung, welche der Würde des Reichstages nicht entspreche und gegen diese Behandlung müsse er als Vertreter des Volkes Beschwerde einlegen.

Präsident von Loebeow erklärt, daß ihm von einer abermaligen Vertagung nichts bekannt sei.

Staatssekretär v. Bötticher ist über die Darlegungen des Abg. Sonnemann erfaßt. Von alledem sei ihm bis jetzt gar nichts bekannt, und er wisse nicht, worin eine so unwürdige Behandlung des Volkes seitens der Regierung gefunden werden könne.

Auch der Abg. Kiderle pflichtet dem Staatssekretär von Bötticher bei, wünscht aber, daß der Präsident entweder die beiden ersten Gesetze von der Tagesordnung absetzen oder aber den Etat auf einen anderen Tag zur Beratung stelle.

An der Debatte theilnehmen sich noch die Abg. v. Minnigerode und Dr. Windthorst, welche Beide dem Minister zustimmen, sowie der Abg. Sonnemann und der Staatssekretär v. Bötticher.

Dann stimmt das Haus dem Vorschlage des Präsidenten bezüglich der nächsten Tagesordnung zu.

Schlusß 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland

Berlin, 5. Dezember. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:

Es ist sehr schade, daß der Kriegsminister verflochten Freitag nicht im Abgeordnetenhaus anwesend war. Herr Windthorst brachte die Sprache auf das Dienstjahr der Einjährig-Freiwilligen, und der erfahrene Mann äußerte dabei: „Wenn der Herr Kriegsminister hier wäre, würde ich ihn doch fragen, ob es denn nun gar nicht einzurichten ist, daß das Dienstjahr nicht die enormen Kosten verursacht.“ Merkwürdig! unzählige Eltern und Vormünder in Preußen haben diese Frage schon in privaten Gesprächen aufgeworfen. Im Parlament erscheint sie aber unseres Wissens zum ersten Male in der belläufigen Bemerkung des Herrn Windthorst. Um so mehr ist zu hoffen, daß, wenn der Kriegsminister und Herr Windthorst sich im Abgeordnetenhaus oder Reichstage begegnen, Herr Windthorst die Diskussion wieder nach jener Richtung lenkt. Der Kriegsminister wird sich sicher beilegen, auf einen so interessanten Gegenstand einzugehen und auf seine Antwort darf man wirklich gespannt sein. „Die jungen Leute, die in der Kavallerie dienen — und daß sie da dienen, freut mich im Interesse ihrer gesellschaftlichen Ausbildung — verursachen unerhörte Kosten; ich will die Summen nicht nennen, die mir bekannt geworden sind, aber sie sind enorm und bringen den Bankrott in viele Familien hinein.“ — so fuhr Herr Windthorst fort. Schade, daß Herr Wind-

hört diese Summen nicht genannt hat, man hätte die Angaben, die er gesammelt hat, mit den sonst verbreiteten vergleichen können. Es ist natürlich je nach Vermögen, Lebenslage und individuellen Gewohnheiten verschieden, was ein Freiwilliger und namentlich ein Freiwilliger der Kavallerie braucht; nach einer im Publikum vielfach verbreiteten Ansicht ist der Durchschnitt des Aufwandes für einen Freiwilligen bei einem in Berlin stehenden Kavallerie-Regiment etwa 2500 Thaler, für die Provinz 1500—1800 Thaler. Stimmt das richtig, so ist das wirklich enorm und man begreift, wie tief so etwas in die Lage vieler Familien eingreift. Mögen diese Zahlen aber unter der Wahrheit bleiben oder sie mehr oder minder übertreiben — zu leugnen ist nicht, daß hier ein Punkt vorliegt, der geeignet ist, die öffentliche Aufmerksamkeit und auch die unserer militärischen Behörden recht ernstlich auf sich zu ziehen. Es wird behauptet, daß eine sehr große Ziffer in dem Ausgabenbudget der Freiwilligen die „Geschenke“ bilden, die sie mehr oder minder freiwillig abzugeben haben; nach manchen Darstellungen sind diese „Geschenke“ geradezu wie eine Steuer organisiert und gegen Den, der mit den Leistungen im Rückstande bleibt, fehlt es nicht an wirkungsvollen Aufmunterungsmitteln. Findet der Herr Kriegsminister nöthig, darüber noch Näheres zu erfahren, so werden ihm neben den Berichten der Regiments-Kommandeure die Mittheilungen von früheren und jetzigen Freiwilligen ein nützliches Material, vielleicht hier und da eine unerwartete Enthüllung geben. Für Herrn von Ihering, der das Wesen der „Erntegelder“ systematisch untersucht hat, läge hier ein Kapitel vor, das noch eines Geschichtsschreibers harret. Wer an dem heutigen Zustande Schuld ist, das ist eine nicht leicht zu entscheidende Frage; indessen darf man als im hohen Grade wahrscheinlich annehmen, daß das Unwesen seitens einzelner Freiwilligen ausging, die sich durch reichliches Spenden von Geschenken Erleichterungen im Dienst verschaffen wollten — der so ausgebreitete Samen ist auf keinem unfruchtbaren Boden gefallen und scheint übermäßig in das Kraut geschossen zu sein. Es war noch eine trübselige Zeit, als die auferstehenden Freiwilligen ihrem Instruktor, wenn er zufällig die literarischen Neigungen Frederic Doje's Haaländer'schen Andenkens zeigte, die Werke Schillers und Goethes — sonst vielleicht eine Uebersette oder sonst etwas Harmloses zum Andenken aus Dankbarkeit verehrten. Die Verhältnisse, Ansprüche und Leistungen sind ganz andere geworden, denn die Zahl der „Geburtsstage“ hat sich verhältnißmäßig vermehrt und nachdem die Anregung einmal gegeben ist, wird darüber ja Manches laut werden. Die radikale Kur wäre, daß überhaupt in der Armee nicht mehr geschenkt wird und der Freiwillige, der schenkt oder schenken will, nicht minder hart getroffen wird als der Unteroffizier, der Geschenke annimmt. Wenn die Schilderungen richtig sind, die darüber im Umlauf sind, so könnte allerdings nur ein ganz energisches Durchgreifen helfen.

Ausland.

Paris, 5. Dezember. (B. Tgh.) Mehrere Blätter tellagen sich, daß in den neuesten Auflagen der in Frankreich erscheinenden Landkarten Elbschötheingen nicht mehr mit besonderer dunkler Farbe, sondern wie die anderen deutschen Länder colorirt sei. „Eidecke“ und „Paris“ weisen darauf hin, daß Deutschland anders verfare. In Professor Kirchhoff's Leitfaden für den Unterricht in der Geographie seien Holland, Belgien und die Schweiz als deutsche Länder bezeichnet. Die „France“ wandte sich sogar an den Unterrichtsminister, ob der Auftrag, eine besondere Farbe nicht mehr anzuwenden, von ihm ausgehe. Derselbe antwortete, er habe niemals einen solchen Auftrag gegeben und werde ihn niemals geben.

Provinzialles.

Stettin, 6. Dezember.

Nach der im Amtsblatt des Reichs-Postamts Nr. 33 veröffentlichten Verfügung dürfen vom 1. Januar 1883 ab nur solche Briefumschläge zur Postbeförderung zugelassen werden, welche den nachstehenden Bedingungen entsprechen: Die Angaben auf der Außenseite der Briefumschläge, soweit sie sich nicht auf die Beförderung beziehen, sollen lediglich dem Zwecke dienen, entweder dem Empfänger die Adresse des Absenders mitzutheilen, oder im Falle der Unbefreibarkeit die Ermittlung des Absenders zu erleichtern. Der Absender darf daher auf dem Briefumschlag nur angeben: seinen Stand und Namen, bez. seine Firma, sowie seine Wohnung. Diese Angaben können handschriftlich gemacht oder auf mechanischem Wege hergestellt werden, dürfen in ihrer Ausdehnung etwa den sechsten Theil der Fläche des Briefumschlages (auf der Vorderseite oder auf der Rückseite) nicht überschreiten und müssen in einer Weise angebracht werden, daß dadurch die postbienstliche Behandlung der Sendung, insbesondere die Bedruckung derselben mit den Postdienststempeln, nicht erschwert, auch die Klarheit der geschriebenen Adresse des Empfängers nicht beeinträchtigt wird. Mit Rücksicht hierauf empfiehlt sich die Anbringung am oberen oder linken Rande der Vorderseite des Briefumschlages. Medaillen, Abbildungen oder sonstige Zeichnungen dürfen auf der Vorderseite überhaupt nicht enthalten sein. Auf der Rückseite der Briefumschläge, und zwar auf der Verschlussklappe, können solche Zeichen oder Abbildungen angebracht werden, welche im Allgemeinen als Ersatz für einen Siegel- oder Stempelabdruck anzusehen sind.

Vor einiger Zeit war in den hiesigen Blättern ein Inserat zu finden, durch welches sich ein A. H. a. s. als „Künstler der geheimen Wissenschaften und der höchsten Schadelhehre“ anpreis und zugleich anzeigte, daß er verschiedene Krankheiten

ohne Schmerz beseitige. Dieser Phrenologe erregte den Verdacht der hiesigen Polizeibehörde und dieselbe ließ es sich angelegen sein, zu ermitteln, wo dieser Künstler die „geheimen Wissenschaften“ erlernt und sie kam dabei zu dem Ergebniss, daß derselbe allerdings eine „hohe Schule“ durchgemacht, da er bereits das Zuchtthaus besucht und daselbst anscheinend mit Erfolg Studien der „Schädelhehre“ gemacht hat. Es wurde ferner festgestellt, daß derselbe nicht Haase, sondern Hansch heißt und früher Rechner gewesen sein soll. Hansch alias Haase hat inzwischen unsere Stadt verlassen und bietet, wie wir aus einem Inserat der „Kölnischen Zeitung“ ersehen, dem Kölnischen Publikum seine geheimen Künste zur Heilung von Krankheiten an. Die dortige Polizei wird wohl bald in dieser Sache ebenso hell sehen, als die hiesige und dem Heilseher sein Handwerk legen.

Auf dem heutigen Wochenmarkte waren 12,200 Kilogr. Weizen, 11,800 Kilogr. Roggen, 5200 Kilogr. Gerste und 5200 Kilogr. Hafer ausgefahren. Bezahlt wurden für Weizen zwischen 15,90—17,80 Mark, für Roggen zwischen 12,90 bis 13,40 M., für Gerste zwischen 11—12,30 M. und für Hafer zwischen 12—13 M., für Erbsen 15,70 M. pro 100 Kilogr.

Die Thürbinder-Mörder scheinen sich jetzt nicht allein mit dem Abbrechen von Hausthürbändern zu begnügen, sondern entwickeln ihre Thätigkeit bereits im Innern der Häuser. So wurde vorgestern von einer Stubenthür in dem Hause Mittwochsstraße 17 der Dürker abgebrochen und gestohlen.

Greifenberg, 4. November. Die Einführung des hiesigen Kammerers Meyer als Bürgermeister fand in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten durch den stellvertretenden Landrath Herrn v. Boedike statt. Dann wurde das Gehalt für den zukünftigen Kammerer auf 1650 Mark festgesetzt. Außerdem wurde beschlossen, die Kammererstelle nicht auszufüllen, da sich hier eine dazu geeignete Person unter den städtischen Beamten befindet, die sich darum beworben hat.

Arnswalde, 3. Dezember. Auf dem Pfarrhofe zu Schlagenstein und in dessen Umgegend war durch ruchlose Hand in der Nacht Gift gelegt worden und sind demselben schon 5 Stück Federweh und an der Kirchhofmauer ein Hund zum Opfer gefallen. Auf die Ermittlung des Thäters ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt. — Zum Zwecke der Weihnachtsgesamtheit für Kinder armer Kameraden hatte der Kriegerverein für heute Abend eine Theatervorstellung arrangirt. Die Handlung ging bei überfülltem Hause, ca. 550 Personen, eralt vorüber und ernteten die Darsteller wohlverdienten Beifall.

3. Biltow, 4. Dezember. Am 1. d. Mts. fand im Gesellschaften Saale die Generalversammlung des Bätower Turnvereins statt. Zunächst wurde der Antrag: Entwurf bezw. Feststellung einer Ergänzung der Turnordnung, beraten. Der Herr Vorsitzende erklärte, daß von vorn herein die Turnstunden recht rege und pünktlich von den Mitgliedern besucht worden wären. Im Durchschnitt waren 16 bis 20 Mann zu jeder Stunde erschienen. Daß jetzt nur zu der Turnstunde 7 bis 8 Mitglieder durchschnittlich erschienen, müßte als ein trauriges Fazit bezeichnet werden, zumal, wenn die Mitglieder immer ein und dieselben sind. Um den Mitgliedern einen kleinen Zwang zum pünktlichen Erscheinen aufzuerlegen, wurde vom Herrn Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, mit Strenge darauf zu halten, daß die Strafgebühren für die gegründete Nichterfolge vor jeder Turnstunde von den zu spät erschienenen Mitgliedern eingezogen würden. Von den ohne Grund zurückgebliebenen Mitgliedern müsse dies bei Einziehung des monatlichen Beitrages erfolgen. Herr Turnwart Pfahl bringt eine Erhöhung des Strafmaßes in Vorschlag und bemerkt, daß ein Turnverein ohne streng geregelte Ordnung überhaupt nicht bestehen kann. Der Antrag des Herrn Pfahl wurde angenommen. Darauf verlas Herr Rassenwart Renard den Rassenabschluß, der gegenwärtig einen Bestand von 102,60 Mark ergibt und weist darauf hin, daß die noch nicht eingezogenen Monatsbeiträge für November-Dezember den Betrag auf 150 Mark stellten. Die Anschaffung zweier Reiterseile und einer Holzleiter zur Komplettilirung der Vereinsgeräte fand Bestimmung. Der Vorschlag des Vorsitzenden, allmonatlich einen geselligen Abend abzuhalten, wurde angenommen.

Kunst und Literatur.

Uns liegt eine Reihe von Jugendchriften aus dem Verlage von Ferd. Ditt in Breslau vor, welche wir zu Weihnachtsgeschenken warm empfehlen können, sie sind sammtlich gut ausgestattet, mit schönen Illustrationen verziert und ganz im Geiste guter Jugendchriften verfaßt.

1) Für heranwachsende Mädchen, von Brigitte Augusti:

Liebe um Liebe, nach J. Colombes „Les étapes de Madeleine“ frei bearbeitet. Reich illustriert. In Prachtband 7 M. Brosch. 5 M.

2) Für das reifere Mädchenalter, von Brigitte Augusti:

Haus und Welt, eine (selbstständige) Fortsetzung der „Mädchenlose“. Illustriert von J. Kleinmichel. Eleg. geb. 4 M. Brosch. 2,50 M.

Auf das neue Buch Brigitte Augusti's machen wir ganz besonders aufmerksam, als ebenso unterhaltend, wie von großer psychologischer Feinheit, es bildet geistig eine Fortsetzung zu dem so schnell beliebt gewordenen, im Vorjahre erschienenen Werk: Mädchenlose. Bilder aus des Lebens Mai von Brigitte Augusti.

3—4) Für Knaben und Mädchen:

Das Buch vom braven Mann. Bilder aus dem Seelen. Mit besonderer Berücksichtigung der

deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger von S. Wörthhoffer, Verfasser von „Robert der Schiffsjunge“ u. a. m. 2. Auflage, nachdem die erste schnell vergriffen war. Reich illustriert. Elegant gebunden 6 M., broschirt 4,50 M.

Preußens Heer, Preußens Ehr. Militär- und kulturgeschichtliche Erzählungen für die reifere Jugend, von Delar Höder, Verfasser von „Das Ahnenloos“ u. a. m. Band I: Kadett und Feldmarschall. Reich illustriert. Elegant geb. 5 M., broschirt 2,50 M.

Die Namen beider Verfasser sind wohl bekannt und bedarf es in dieser Hinsicht keiner Empfehlung dieser Neuigkeiten; während die erstere neben der spannenden Erzählung unserer Jugend von einer Einwirkung ausführliche Kunde giebt (wir verweisen auf das Vorwort), die der Stolz unserer Nation ist und noch mehr sein sollte, der „Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“, unternimmt es Höder, wie er selbst im Vorwort sagt, die Entstehung und Entwicklung des Hauptfaktors unseres nunmehr einzigen Vaterlandes, der „preussischen Armee“, zu schildern. (In Bild und Wort wird auch den Leserfahrungen, d. h. den wechselnden Trachten der Armee Rechnung getragen.) Der erste Band von Preußens Heer, Preußens Ehr. (welcher, wie die noch zu publicirenden, ein ganz unabhängiges, selbstständiges Ganze bildet), eröffnet mit Schilderungen aus der Zeit des großen Kurfürsten eine Serie historischer Jugendchriften, die aber ganz frei von allem Konfessionellen, sich im Uebrigen anschließt an die bekannte Sammlung „Das Ahnenloos“ von Delar Höder, nach dem Vorbild von Herwegh's Ahnen für die Jugend geschrieben. Wir können diese Bücher warm empfehlen. [367]

Märchen aus der Heimath und Fremde. Dem Volksmunde und anderen Quellen frei nach- erzählt von Karl A. Krüger. Gebunden 2,50 M. Akademische Buchhandlung in Königsberg.

Wir können diese Märchen warm empfehlen. Neben der Unterhaltung, die Märchen gewähren, sollen sie zugleich in der Jugend den Glauben an eine stiltliche Weltordnung wecken und pflegen. Von diesem für den jugendpsychischen zweifellos richtigen Standpunkte aus hat der Verfasser eine sehr glückliche Auswahl getroffen und sein genaues Verständnis in der richtigen Erfassung und Wiedergabe des jugendlichen Gemüthes auch dadurch bekundet, daß er alles das vermieden, was dem Kinde Anlaß bieten könnte zu Grübeleien, die dem jugendlichen Alter noch fern liegen sollten. [376]

„De Landrathsdochter“ heißt das bei Epstus und Licher in Riel erschienene Ersingewerk des plattdeutschen Schriftstellers Kloth, der uns in demselben vorzugeweihe die Lebensgeschichte eines jungen Landmannes mit vielem Humor und großer Lebendigkeit schildert. Das Werk beweist, daß der Verfasser bei scharfer Beobachtungsgabe aus eigener Anschauung berichtet und zwar mit außerordentlicher Ironie und mit warmem, zum Herzen sprechenden Gesühle; dasselbe zeichnet sich ferner durch vortheilhafte vor vielen schwachen Nachahmungen der Reuter'schen Schreibweise aus und kann allen Freunden der plattdeutschen Sprache angelegentlich empfohlen werden. [383]

Gsch-Fels, die Schweiz. 2. Aufl. Volksausgabe. Zürich, bei Caspar Schmid.

Wir machen die geehrten Leser auf dies ausgezeichnete Werk aufmerksam, welches in 40 Festen à 50 Pf. eine mit zahlreichen großen und schönen Bildern reich verzierte Darstellung der Schweiz bringt. Jeder, der die Schweiz kennt oder sie erst kennen lernen will, findet hier eine reiche Fülle der trefflichsten Bilder. Wir können das Werk warm empfehlen. [385]

Etella Gerster, Pablo de Sarajate und Leonh. Emil Bach geben am 9. und 11. Dezember c. in Hamburg zwei Dances-Konzerte unter Prof. Krug's Leitung. Von Sarajate gelangt zum ersten Male die Carmen-Fantastie und von L. E. Bach eine neue Komposition für Piano und Orchester zur Aufführung. Sodann konzertiren Frau Gerster und Herr Bach noch in zehn deutschen Städten, woran sich eine Tournee weiter durch Holland schließt.

Friedrich von Glotow, der Komponist von „Martha“ und „Stradella“, soll, wie aus Darmstadt geschrieben wird, am grauen Saar erblindet sein.

Bemerktes.

(Zum Diebstahl von St. Denis.) Noch immer ist er unaufgeklärt und nicht eine einzige Verhaftung konnte vorgenommen werden. Das einzige Neue in dieser Affaire ist ein Brief, welcher an einen Kanonikus des Kapitels von St. Denis gelangte. Er lautet: „Wenn Sie uns die Louis senden wollen, welche sich in der Kasse des Priors befinden, so würden wir Ihnen im Austausch die zwei Reliquienstücke aus dem 13. Jahrhundert, welche aus Kupfer sind, überlassen. Von Ihrer Gütigkeit, welche den Schatz so gut zu bewahren verstand, besitzen wir einen Hund; übrigens werden wir holen, was wir vergessen haben. Auf — Wiedersehen.“ Dieser Brief wurde dem Polizeikommissar von St. Denis übergeben, der ihn seinerseits dem Polizei-Chef, Herrn Macé, sandte.

Boan. (Fahnenfabrik.) Dem „Handels- und Gewerbeblatt“ Nr. 36 in Wien, unter Rubrik „Kunst und Literatur“, entnehmen wir folgende, für unsere Stadt interessante Notiz: „Auf dem Gebiete der Fahnenproduktion nimmt die Boaner Fahnenfabrik (Boan) unstreitig den ersten Rang ein. Ihre hervorragenden Schöpfungen zeigen künstlerische Konzeption, wahrhaft musterghltige Ausführung und bewundernswürdige, allen Stürmen,

von Jahrhunderten trostende Dauerhaftigkeit. Ihre Verdienste auf diesem Gebiete wurden auch von mehreren Souveränen durch Verleihung der größten Auszeichnungen anerkannt.

(Sauerstoff.) Arzt zum Kranken: „Sie müssen mehr ins Freie gehen und Sauerstoff einathmen!“ — Patient: „Das ist eben der Teufel, daß der Stoff jetzt schon sauer ist da draußen auf dem Keller; das hat mich ja krank gemacht!“

Eine tragikomische Lotteriegeschichte hat sich im Braunschweigischen ereignet. Mit einer Menge anderer Personen zusammen spielte ein Gewerbetreibender ein Asteiloss der Braunschweiger Lotterie. Zufällig trifft er auch den Kollektor derselben und dieser macht ihm die Mittheilung, daß auf das von ihm gespielte Loos ein Gewinn von 2000 Mark gefallen sei. Der Gewinner wußte sich vor Freude kaum zu fassen; um seinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, zertrümmerte er in seinem Laden sämtliche Schaufenster. Durch den Spektakel herbeigeloht, kam ein Nachbar herzu und rechnete, als er von den Umständen genau unterrichtet worden war, heraus, daß auf den Anteil des Fensterzertrümmers — 4 M. 30 Pf. entfielen.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. Morgen findet hier, wie das „Frankfurter Journal“ meldet, die erste General-Versammlung des deutschen Kolonialvereins statt, an der sich fast sämtliche Handelskammern und viele hervorragende Personen, als Professor Hubbe (Schleiden), Professor Giffen (Strasbourg), Professor Wagner (Göttingen), G. Hofhs, Brugsch Pascha, Maquet u. A. betheiligen. Auch der General-Bevollmächtigte des Staates Mississippi, Justus Muler, ist hier eingetroffen, um die Aufmerksamkeit des zu gründenden Vereins auf die handelspolitischen und landwirtschaftlichen Verhältnisse hinzuweisen, welche sich dem im Süden der Unionstaaten bereits ansässigen Deutschen in reichem Maße bieten und welche bei einem bezw. Zusammenwirken durch die Kolonialvereine noch wesentlich vermehrt und ausgebaut werden könnten.

München, 5. Dezember. Der frühere Professor der Anatomie, Obermedizinalrath von Bischoff, ist gestorben.

Wien, 5. Dezember. Abgeordnetenhans. Der Minister-Präsident Graf Taaffe berichtete ausführlich über den Umfang der durch die Ueberschwemmungen in Tyrol und Kärnten verursachten Katastrophe, sowie über die bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßregeln und die diesbezügliche Inanspruchnahme der Reichs-Beitragung. Verbst Chlametz, Tomaszyer und Gressen beantragen die Einziehung eines Ausschusses von 36 Mitgliedern zur Vorberatung eines Antrages über die nothwendigsten Reformen auf dem sozialpolitischen Gebiete.

Wien, 5. Dezember. Von dem Aderbauministerium, welches die Gesetzentwürfe über die Regelung der täglichen Arbeitsdauer und der Sonntagsruhe, sowie über die Beschäftigung von Frauen und Kindern bei dem Bergbaue vorbereitet, wurden, der „Pol. Corr.“ zufolge, um die Meinung der interessirten Kreise kennen zu lernen, Vertrauensmänner der Bergwerksarbeiter aus den böhmisch-mährischen Kohlenrevieren zu einer Berathung einberufen, welche am 2. d. Mts. unter dem Vorsitze des Aderbauministers stattfand. Am 16. November hatte bereits eine Berathung mit hervorragenden Vertretern von Bergwerks-Unternehmungen stattgefunden.

Wien, 5. Dezember. Von den anlässlich der letzten Straßengerichte verhafteten Personen fanden heute elf vor Gericht. Acht derselben wurden zu Freiheitsstrafen von vierzehn Tagen bis zu zwei Monaten verurtheilt, die übrigen drei Angeklagten freigesprochen.

Brüssel, 5. Dezember. Prozeß Bilher. Die heute vernommenen drei Gerichtsärzte bezeichneten den auf Bernays abgegebenen Schuß als die Ursache des Todes desselben, erklärten es übereinstimmend und in positiver Weise für unmöglich, daß die Leiche Bernays unmittelbar nach dem Tode in die von Leon Besser angegebene Lage gebracht worden sei und sprachen die Uebergewegung aus, daß der Leiche mindestens erst achtundzwanzig Stunden nach dem Tode die gedachte Lage gegeben worden sei.

Paris, 5. Dezember. Heute begann der Prozeß gegen die Direktoren der ehemaligen „Union Generale“, Bontour und Feder, welche angeklagt sind, das Geschäft vom Jahre 1867 über die Aktien-Gesellschaften übertragen zu haben. Der Präsident des Gerichtshofes wies auf die Unregelmäßigkeiten hin, welche bei der Konstituierung und bei den Operationen der „Union Generale“ begangen seien. Bontour behauptete, er habe in gutem Glauben gehandelt und habe die Details der Kasse nicht prüfen können; als die Operationen, bereuigen die Anlage erhoben, vorgenommen wurden, sei er nicht in Paris anwesend gewesen. Feder stellte ebenfalls jede strafbare Handlung in Abrede und behauptete, wenn die Emission neuer Aktien nicht durch den Sturz der Gesellschaft verhindert wäre und die Konklusse die Differenzen bezahlt hätte, so würde die Gesellschaft nichts verliert. Morgen beginnt das Zeugenvörhör.

London, 5. Dezember. In dem Befinden des Generalpostmeisters Fawcett, welcher eine gute Nacht hatte, ist keine Veränderung eingetreten.

Liverpool, 5. Dezember. Auf dem Meeres erfolgte heute früh ein Zusammenstoß zwischen dem von Amerika zurückkehrenden Dampfer „Peruvian“ und dem Dampfer „Clanmacraun“ von der indischen Linie. Der „Peruvian“ wurde beschädigt und um das Sinken zu verhindern, an den Strand gesetzt. Die Passagiere wurden gerettet und in Liverpool gelandet.

Nach Jahren.

Beinachtsbild von Theodor Kutzer.

(Schluß.)

Diese Verwaltung Steinfeld's hatte zur Folge, daß nach zwei Jahren die Erträge der ausgedehnten Besitzungen, die einen Flächenraum umfassen, welcher etwa einem der größten deutschen Herzogthümer gleichkam, sich verdoppelten.

Mißer Ritchie, ein sehr wohlwollender und umsichtiger Mann, unermüdet und ohne Beirath, erklärte zunächst Steinfeld zu seinem Assozie und dann zu seinem Erben. Sobald er abkömmlich wurde, erhielt er von seinem Freunde und Gönner, den er einem Vater gleich liebte, unbestimmte Urlaub, um seine Eltern und seinen Sohn aus Deutschland zu holen, gleichzeitig auch die ehrenvolle Mission von anderer Seite, Fides Ambrosius auf ihrer Reise nach Deutschland als Begleiter, als Kavaller zu dienen.

So standen Paul Steinfelds des Älteren Verhältnisse, und es ist nur noch zu erwähnen, daß er auf Mißer Ritchies besonderen Wunsch dem deutschen „Steinfeld“ zu einem englisch-amerikanischen „Stonefield“ gemacht hatte.

Die alten Eltern freuten sich des ihrem Sohne zu Theil gewordenen Glücks und waren stolz auf ihn. Ihr Lebensabend lag nun klar, sonnig und sicher vor ihnen da und — was die Hauptsache — auch des kleinen Paul Zukunft war gesichert — und wie gesichert!

Das war ein Christabend in dem ärmlichen Stübchen im vierten Stock, unter dem Dache! — In keinem der zahlreichen Paläste der Residenz wurde wohl ein ähnlicher gefeiert.

Dann folgte die Erzählung der Schicksale, welche die Eltern befielen. Herr Steinfeld sen. hatte ein Vermögen befielen, welches hinreichte, für die beiden alten Leute und ihren Enkel jede Befürsorge betreffs der Zukunft auszusprechen. Sein Kapital war in einem Bankhause der großen Handels- und Finanzstadt J. allem Anschein nach dauernd sicher angelegt. Eines Morgens war der alte Steinfeld durch die Nachricht unfaßlich aus seinem Schlafesgemüthe geschüttelt, daß sein ganzes Vermögen durch das Falschment jenes Bankhauses verloren sei. Mit großer Mühe war das Zwanzigstel ungefähr des Kapitals gerettet — zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben, wie der Volksmund sagt.

Die alten Leute waren niedergeschmettert: die Frucht eines langen, arbeitsvollen und mühsamen Lebens war verloren. In Elbingen mochten sie nach diesem Revers des Glücks nicht bleiben, sie stellten nach der Hauptstadt über, wo man sie nicht konnte und eher ihnen die Aussicht auf Verdienst winkte. Bei ihrem Umzug ging die korrekte Adresse des in Amerika lebenden Sohnes verloren und war deshalb unersetzlich, weil schon die fremde Sprache den alten Leuten Kopfschmerzen genug verursacht hatte. So kam es, daß sie auch veräußert hatten, der Post in Elbingen ihre eigene neue Adresse aufzugeben, daß sowohl die Briefe nach drüben, wie die von drüben unbestellbar blieben, und die Eltern nie mehr eine Nachricht von ihrem Sohne, dieser nicht von jenem erhielt.

Unter all' diesen Erzählungen war eine geraume Zeit verstrichen, und keiner der Glücklichen, so unvorhofft Vereinten hatte darauf geachtet, bis endlich Mißer Stonefield daran dachte, wie sehr sein Ausbleiben im Gersdorff'schen Hause auffallen mußte, was namentlich Fides denken werde über sein sonderbares Benehmen. Er verabschiedete sich daher

für den Abend von seinen Eltern und seinem Sohne bis zum nächsten Morgen — dann wollte er zu ihnen zurückkehren und über die Zukunft mit ihnen beraten.

Zunächst besuchte er verschiedene Magazine und kaufte dort gute, warme Kleidung und Wäsche für seine Lieben, dann bestellte er in einem bewährten Restaurant ein komplettes Abendessen mit Wein und schickte alles sofort nach dem Dachstuhl der ersten Etage. — Endlich langte er in der Biera des Doktor Gersdorff an.

Fides war sehr beruhigt gewesen, seit Mißer Stonefield sich von ihr getrennt hatte; sie ahnte, daß etwas ganz Außergewöhnliches den sonst so ruhigen Mann tief bewegt haben müsse. Man hatte im Gersdorff'schen Hause sehr lange auf den lieben, der ganzen Familie gewarigsten Gast gewartet; als jedoch die jämmerlichen ärmlichen Engeladenen Bescherung nicht länger zurückhalten.

Fides stand zwar entzückt vor dem lichterstrahlenden Weihnachtsbaum, doch ihre Freude fehlte. — Er, Mißer Stonefield, ihr trauter Freund und Begleiter, der Mann, dem sie bereits ihr Herz geschenkt hatte; um ihn war sie besorgt und ängstlich.

Doch endlich kam er. Boller Sorge blickte sie zu ihm auf, aber ihre Züge erhellten sich schnell, als sie die wenigen von Glück und Freude überstrahlte sah: nur Gutes konnte ihm widerfahren sein. — Er wurde, nachdem er sich bei dem Herrn und der Frau vom Hause seines langen Ausbleibens wegen entschuldigt hatte, der Gesellschaft vorgestellt.

Den ersten Augenblick, um mit Fides allein sein zu können, benutzte er, um ihr seine Lebensschicksale, von seinen Eltern und seinem Knaben zu erzählen,

von der wunderbaren Fügung der Vorsehung, die ihn gerade an diesem Abend seine Lieben finden ließ.

Mit gesenkten Augen lauschte sie seinen Worten. Sie saßen im Wintergarten, der unmittelbar an den großen Speisesaal der reich ausgestatteten Villa stieß, von der übrigen Gesellschaft vollständig abgeschlossen. Nachdem Mißer Stonefield seine Erzählung beendet, lag das ganze Leben des vielgeprüften Mannes offen da vor ihr — des Mannes, den sie so sehr hochachtete. Als er von seiner verwitweten Gattin, von dem Schmerze sprach, den deren Tod ihm bereitet, da ward es Fides heiß um's Herz, und sie mußte sich sagen, daß die Liebe eines solchen Mannes ein Weib nur glücklich machen könne.

„Nun kennen Sie mein Leben und meine Schicksale, meine ganze Vergangenheit,“ sagte er. „Leider wird uns die Zukunft trennen. Sie werden in Deutschland bleiben, während mich Pflicht und Dankbarkeit nach Ihrer Heimath zurückrufen — Ob wir uns jemals wiedersehen werden?“

Seine Frage klang bang und wehmüthig, forschend ruhte sein Blick auf den Zügen des lieblich erscheinenden jungen Mädchens. Aus ihrem Gesicht war die übermüthige Lust gewichen, nachdenklich war es dem Grün der sie umgebenden künstlich-tropischen Vegetation zugekehrt.

Erregter fuhr er fort:

„Fides, Sie bleiben hier — ich muß fort, weit fort über's Meer: werden Sie wohl — auch wenn dieses uns trennt — zuweilen meiner gedanken?“

Heil und voll schlug sie die Augen zu ihm auf, ein flüchtiges Roth, dann ein reizendes Lächeln, und resolut dem schüchternen Bewerber entgegenkommend, erwiderte sie:

C. L. Geletneky's

Schiffchen - Familien - Nähmaschinen, deutsches Fabrikat,

werden ohne Preisauflage, mit folgenden Verbesserungen versehen, geliefert.

Filiale:
Görlitz.

Verkaufslokal: Hofmarktstr. 18,
Stettin.

Filiale:
Stolp i. Pomm.

1. Abstellbares Schwungrad,
2. Selbstthätiger Spulapparat mit Selbstauflösung, nachdem die Spule gefüllt,
3. Centimetermaß auf der Tischplatte,
4. Tische und Verschlusskasten elegant mit Fries,
5. Fadenabschneidemeßer.

6. Schiffchenklüster,
7. Vorrichtung, daß der Oberfaden bis zur Nadel nur eingelegt, nicht durchgezogen wird,
8. Gestell mit Rollen,
9. Ueberschwingung am Riemenrade,
10. Nachstellbarer Schwungradzapfen,
11. Zugstange mit nachstellbarer Stahlkappe.

Neu!

Nähmaschine mit Vorrichtung zum Knopflochsürzen und für überwindliche Nähte.

Handmaschinen.

C. L. Geletneky's Handmaschinen bestehen nicht wie sonst vorkommende aus einem verkleinerten Modell, dessen Konstruktion unsolid und von nur geringer Leistungsfähigkeit ist, sondern sie besitzen das Original-Nähwerk nebst Apparaten meiner Tretmaschinen, sind diesen daher in den Leistungen vollkommen ebenbürtig.

Motore zum Betrieb von Nähmaschinen.

Bei Baarzahlung wird 10 pCt. gewährt, bei Theilzahlung tritt keinerlei Preiserhöhung ein. Verpackung, Preiskourante, Nähproben gratis.

C. L. Geletneky,

Stettin, Hofmarktstraße 18.

Börsen-Bericht.

Stettin, 5. Dezember. Wetter: trübe, gestern Abend harter Schneefall. Temp Morgens — 6° N., Mittags — 3° N. Barom. 27" 9". Wind O.

Weizen wenig verändert, per 1000 Mgr. loco gelb. 163—173, weiß. 165—175, geringer 148—161 bez., per Dezember 174,5 Pf., 174 Gd., per April-Mai 178,5—177,5 bez., per Mai-Juni 179 bez., per Juni-Juli 182—181,5 bez.

Roggen wenig verändert, per 1000 Mgr. loco incl. 124—130, geringer 116—123 bez., per Dezember 133 bez., per April-Mai 133,5 bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 14—133,5 bez.

Gerste unverändert, per 1000 Mgr. loco Ob., M. u. pom. 115—120, geringer 103—114, feine 137—154 bez., Hafer per 1000 Mgr. loco pomm. 109—121 bez., Wintererbsen geschäftlos, per 1000 Mgr. loco per April-Mai 289 Pf.

Hauböl still, per 100 Mgr. loco ohne Faß bei Al. 44,5 Pf., per Dezember 63,5 bez., per April-Mai 64,75 bez., per September-Oktober 60,5 Pf.

Spiritus matt, per 1000 Liter % loco Faß 51,8 bez., kurze Brq. ohne Faß 51,5 bez., per Dezember 54,2 Pf., per April-Mai 51,5 bez., per Mai-Juni 51,7 Pf. u. ob., per Juni-Juli 54,9 Pf. u. ob., Petroleum per 50 Mgr. loco 8,75 tr. bez.

Herzliche Bitte.

Die Wittwe Mathias, Fort Breiten 12, 69 Jahre alt, welche 19 Jahre die Heilung und Ansehung ausgeübt hat, steht aber von 13 Jahre an der Wasserkracht leidet, daher nicht mehr ausstragen kann, bitten edle Menschenherzen um eine kleine Unterstützung.

Die Exped. d. Bl. ist gerne bereit, nähere Auskunft zu erteilen und Gaben entgegen zu nehmen.

Bekanntmachung. Im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion Bromberg ist noch ein größerer Bedarf an Bureaubeamten vorhanden. Die Monats-Diensten betragen vom Tage des Eintritts ab 75 M., nach 6 Monaten 90 M., nach 1 Jahre 105 M. und nach 2 Jahren 112 M. 50 Pf. Bei der ersten etatsmäßigen Anstellung wird ein Jahresgehalt von 1850 M. und der geistliche Wohnungsgeldzuschuß gewährt. Qualifizierte civilversorgungsberechtigte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Akte bei dem unterzeichneten B. triebssamte melden. Stettin, den 23. November 1882 Königlich Eisenbahn-Betriebs-Amt (Direktionsbezirk Bromberg).

G. h. Schöterschule wird zum 1. April zu übernehmen. gefucht. Adressen unter A. 2 postl. Berlin, Postamt 30.

Braunkohlen,

pa Beckhamtkohlen offeriert sehr billig & Kahn
A. F. Waldow, Silberstraße.

Möbel-,
Spiegel- und Polster-
waaren-Fabrik

Max Borchardt,
Bentlerstraße 18—18,

empfehlen ihr großes Lager von nur reell gearbeiteten Möbeln in allen Holzarten von den elegantesten bis zu den elegantesten zu noch nicht bezogenen billigen Preisen.



Petroleumfässer kaufen
Ign. Rosenthal's Wwe. & Co.,
Stettin.

Baumwollene Koppengarne
in den verschiedensten Farbenstellungen werden billig geliefert. Respektanten wollen ihre Adressen gef. an J. Borch & Co., Annen-Exp., Halle a. S., unter J. Z. 9756 senden.

Oelfarbenruck-Gemälde, vorzüglich, den Oelgemälden täusch. ähnl., u. berühmt. Meistern, lief. der Oelfarbenruck-Verein Concordia, Berlin, Brüderstr. 34. Illustr. Kataloge z. Ansicht frei.

Ein **Brenner**, verheirathet, sucht Stellung; auch würde derselbe eine entsprechend andere Stellung, als Aufseher zc., annehmen. Gute Zeugnisse stehen zur Seite. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes. Kirchbas 3.